

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 25

Köln, den 20. Juni 1930

31. Jahrg.

Zum Generalangriff auf die Löhne.

Vor ungefähr 27 Jahren hatte ich mit einem bedeutenden Holzindustriellen im Namen der Belegschaft, der ich angehörte, Lohnverhandlungen zu führen. Der Stundenlohn, der außerordentlich niedrig war und den in Akkord verdienten Löhnen nicht entsprach, sollte um einige Pfennige heraufgesetzt und eine Reihe von Mißständen, die ebenso den Betrieb wie die Arbeiterchaft schädigten, beseitigt werden. Der Chef, ein ruhiger, abwägender Mann, erklärte, daß sich die Arbeitskraft je nach Mehr- oder Minderangebot derselben, d. h. je nach der Geschäftskonjunktur, besser oder schlechter rentiere. Er begreife deshalb nicht, daß seine Arbeiter überhaupt nur einen Pfennig für gewerkschaftliche Bestrebungen, die im Grunde genommen, gänzlich nutzlos seien, ausgeben. Die Firma wurde fünf Wochen lang bestreikt; sie zahlte schließlich und beseitigte auch die Mißstände. Man glaube aber nicht, daß der alte Unternehmer davon überzeugt war, daß auch dem „Gesetz“ von Angebot und Nachfrage ohne Schaden für das Unternehmen etwas nachgeholfen werden kann. Er machte später trotz großen Schadens bei jeder Verhandlung — auch wenn seine Kollegen gleich nachgaben — die gleichen Schwierigkeiten. Das Ende von der Geschichte war, die alteingesessene Firma fiel auseinander und verlor schließlich völlig ihre frühere Bedeutung.

Man glaube nicht, daß diese Einstellung der alten Wirtschaftler, heute schon nicht mehr vorhanden und einer völlig anderen Auffassung gewichen sei. Das ist nur zum Teil der Fall. Die Führer der maßgebenden Unternehmungen bekennen sich, selbst wenn sie schon zur jüngeren Generation gehören, noch zur alten Schule. Sie sind der Auffassung, daß es eine „natürliche Lohnhöhe“ gibt, die man ohne Gefahr nicht überschreiten darf. Diese „natürliche Lohnhöhe“ wollen sie allerdings am liebsten selbst bestimmen. Der „herr-im-Hause-Standpunkt“, der ihnen innerlich noch absolut liegt, ist nur vorsichtigerweise etwas zurückgestellt worden. Mit den Gewerkschaften haben sie sich innerlich noch keineswegs abgefunden, geschweige denn ihre volkswirtschaftliche Notwendigkeit erkannt. Sie sind jeder Zeit bereit, erhebliche Geldopfer zur Züchtung von „Werkvereinen“ auf sich zu nehmen, um den Aufstieg der Gewerkschaften und der Arbeiter durch gelbe Außenleiter zu hemmen. Sie zahlen erhebliche Summen an alle Wehrbünde, die die Gewerkschaften durch Fernhaltung ihrer Arbeitermitglieder und durch eigene Splitterorganisationen bekämpfen. In letzter Zeit geben sie sogar schwere Gelder für politisch radikale und gewerkschaftsfeindliche Parteien her, anscheinend unbekümmert darum, welches Chaos entstehen würde, wenn diese den Staat und die Gesellschaft bedrohenden, radikalen Gruppen tatsächlich zum Ziele kämen. Weil sie die Gewerkschaften bekämpfen, werden auch sie unterstützt.

Diese Gruppe im Unternehmertum, die in politisch gefährlichen Zeiten (gleich nach der Revolution) eine kurze Zeit lang in den Arbeitsgemeinschaften der Arbeitgeber und Arbeitnehmer — wenn auch widerwillig — mitmachte, steht jetzt als Kufer im Streit für den Abbau der Arbeitslosenversicherung und für die Senkung der Löhne; sehr viel weniger dagegen tritt sie für die Senkung der übersehten Preise ein. Obwohl es besonders beachtlich ist, daß nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung die sogenannten „freien Preise“ vom Januar 1929 zum Januar 1930 von 101,9 auf 90,4 gesunken sind (1926 = 100 gesetzt), während die „geregelten Preise“, das sind die Kartell- und Verbandspreise, im

Januar 1929 auf 104,6 und im Januar 1930 sogar noch auf 105 standen. Diese Unternehmergruppe hat auch ein wissenschaftliches Trabantenheer an der Hand, das jetzt den Auftrag hat, zum Angriff auf die Arbeitslosenversicherung und die „zu hohen Arbeiterlöhne“ vorzugehen und die wissenschaftlichen Beweise für den Kampf zu liefern.

Die andere Gruppe der Unternehmer, die von der Notwendigkeit der Gewerkschaften und von ihrer Funktion als Organe der Volkswirtschaft voll überzeugt sind, ist in Deutschland noch verhältnismäßig klein. Und der Teil der deutschen Unternehmer, der bereits eingesehen hat, daß im kapitalistischen Wirtschaftssystem hohe Arbeitslöhne und die Schaffung kleiner Vermögen auch für die Arbeiter eine unausweichliche Notwendigkeit sind, wenn wir in Deutschland nicht der Bolschewisierung anheimfallen sollen, ist noch viel kleiner. Es ist natürlich zuzugeben, daß es für den Unternehmer nicht ganz leicht ist, anzuerkennen, daß in den meisten Fällen die Grenze für die Beweglichkeit der Löhne nach oben oft sehr viel weiter gezogen werden kann, als es geschieht, ohne den angemessenen Nutzen des investierten Kapitals und der Unternehmertätigkeit zu gefährden.

Wie eigentümlich mitunter die rein kapitalistische Kalkulationsmethode bezüglich der Grenzen der Lohnhöhe wirkt, sei an einem einzigen Beispiel dargetan. Bei der Zigarrenherstellung, die meistens in kleinen Fabriken oder in Heimwerkstätten auf dem Lande erfolgt, würde in manchen Fällen der Bruchteil eines Pfennigs mehr Lohn für die Zigarre den Hungerlohn der Zigarrenarbeiter und -arbeiterinnen in einen annehmbaren Lohn verwandeln. Das können die Zigarren aber angeblich nicht tragen. Jedoch 30 und mehr Prozent Aufschlag im Zwischenhandel erscheint als selbstverständlich. Vertretbar soll es auch sein, daß auf die Produktion eines Zigarrenarbeiters mehrere Zigarrenläden entfallen.

Der Ausschuß zur Unterjochung der deutschen Produktions- und Absatzbedingungen, ebenso der „Zugabenausschuß“ im Reichswirtschaftsrat könnten bezüglich der Preisgebarung im Handel, insbesondere bei den Markenartikeln, interessante Feststellungen machen. Bei einer ganzen Reihe von täglichen Gebrauchsartikeln und Nahrungsmitteln werden durchschnittlich 30, 33, ja, auch 50% ausgeschlagen! Und in welcher skrupellosen Weise die Banken — insbesondere die Großbanken und auch die Hypothekendarlehenbanken — den Nutzeffekt der deutschen Arbeit und Wirtschaft in Form von völlig unvermeidbaren Zinsspannen und Provisionen, trotz großer Geldflüssigkeit, für sich vorwegnehmen, wird noch viel zu wenig im Volke beachtet. Außerdem ist der deutsche Wirtschaftsorganismus in preispolitischer Hinsicht in einem Gewirr von Kartellfeßeln verstrickt, unter deren würgendem Druck die Lebenskraft dahinstreben muß. Diese Kartelle und sonstigen monopolistischen Unternehmerrformen legen der deutschen Verbraucherschaft künstlich alljährlich mindestens soviel Sondertribute auf, als die Anuitäten des Young-Planes beitragen! Wir sehen also, die Grenzen für die Lohnhöhe könnten auf Kosten der enormen Handelspannen, der großen Bankgewinne und der Kartellüberpreise erheblich erweitert werden, wenn gleich zuzugeben ist, daß jetzt der Druck von 3 Millionen Arbeitsloser einer Besserung der Löhne sehr stark entgegensteht. Darum müssen die übersehten Preise schleunigst herunter.

In der Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände „Der Arbeitgeber“ macht ein Direktor Dr. H. Preußler seinem Herzen Luft. Er redet von der „Wettbewerbsunfähigkeit im Inlande wie im Auslande“, macht natürlich die zu hohen Löhne dafür verantwortlich, verteidigt in gleichem Atemzuge die exorbitanten Gehälter der Industriedirektoren und bringt alles auf die Formel wie vor 30 Jahren: Es entscheidet eben in allen Fällen Angebot und Nachfrage. Den Gewerkschaften wirft er vor, daß sie der Arbeiterschaft „zur Ver lumpung“ verholpen hätten. Er fordert Erniedrigung der Löhne um 10% und behauptet, daß durch niedrige Löhne und öffentliche Sparbarkeit der größte Teil der Rationalisierung und der kostspieligen Wohlfahrtseinrichtungen entbehrlich gemacht würde. Als Musterbeispiel weist Preußler auf die angeblich freiwillige 15prozentige Lohnverkürzung beim Stahlwerk Becker hin und lobt den Geschäftsbericht der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft, in welchem ein 10prozentiger Lohnabbau ebenfalls als notwendig gefordert wird. Am Schlusse seines Ergusses weist er dem Staate als höchste Aufgabe die Sicherung des Privateigentums und den Schutz der Persönlichkeit — also die Nachtwächterrolle — zu. Die Lösung des Problems der Lohnsenkung und der Steuerkürzung (natürlich für die Unternehmer) traut er „einer Regierung auf der Grundlage des gegenwärtigen Parteiunwesens“ nicht zu und wirft die bei solchen Wirtschaftsführern übliche Frage nach dem Diktator auf. Geheimrat Dr. Duisburg hat ja im Hauptauschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie betont, daß sich die Vertreter der Wirtschaft (unter „Wirtschaft“ versteht Dr. Duisburg natürlich die Unternehmer) mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln aktiv handelnd an der Politik beteiligen sollen. Es ist anzunehmen, daß ein Wirtschaftsführer wie Dr. Preußler mit solchen „gesunden Ansichten“ von den Mannen des Reichsverbandes der deutschen Industrie bei der nächsten Reichstagswahl auf den Schild erhoben wird. Das Niveau der Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände steigt durch die Aufnahme der Herzensergüsse solcher „orthodox“ und gewerkschaftsfeindlich eingestellten Direktoren sicherlich nicht. Die Friedensschalmeien, die aus dem Unternehmerlager zu den Gewerkschaften zeitweilig herüberbetönen, müssen dagegen lächerlich wirken.

Die Ursachen der Arbeitslosigkeit sind bestimmt nicht die „hohen Löhne“, sondern ganz andere. Durch Krieg, Inflation und Eigentumsvernichtung ist der Andrang zur Arbeit in Deutschland ein ungeheurer geworden. Es sind mindestens 4½ bis 5 Millionen Menschen, die sich, über den natürlichen Zuwachs jugendlicher Kräfte hinaus, mehr als vor dem Kriege anbieten müssen. Die Frauenarbeit ist um 40% seit der vorletzten Berufszählung (1907) gestiegen. Drei Viertel Million junger Leute, die sonst mehrere Jahre Soldat waren, drücken heute mit auf den Arbeitsmarkt. Vor allem wirkt eine Hauptursache, die allerdings international ist, auf die Arbeitslosigkeit ein, nämlich die, daß sich der weltwirtschaftliche Wiederanpassungsprozeß der Volkswirtschaft und der einzelnen Industriezweige an die völlig veränderten Zustände nach dem Kriege noch immer nicht vollzogen hat. Wenn die Dinge so liegen, dann hilft auch zur Minderung oder Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht ein Abbau der ohnehin meist ungenügenden Löhne. Und wie sieht es denn mit den Löhnen in Wirklichkeit aus? Der Reallohn der Vorkriegszeit ist besonders bei den gelernten Arbeitern in einer ganzen Reihe von Gewerben überhaupt noch nicht erreicht. Nur in wenigen Gewerbezweigen steht der Lohn der soviel beneideten sogenannten ungelerten Arbeiter über dem Reallohn der Vorkriegszeit. Dieser Vorkriegsreallohn war allerdings auch ein ganz jämmerlicher Lohn. Auch heute noch braucht die Hälfte der deutschen Lohnarbeiter keine Einkommensteuer zu zahlen, weil sie kein steuerpflichtiges Einkommen, d. h. unter 1200 Mark im Jahre hat. 63,1% aller der Invalidentversicherung unterstellten Arbeiter verdienen unter 36 Mark in der Woche und nur 36,9% 36 Mark und mehr. Wo sollen noch an solchen Löhnen Senkungen vollzogen werden? Es kann sich dann schließlich doch nur um Senkung der Spitzenlöhne und Kürzung der Akkorde handeln. Gibt es aber ein volkswirtschaftlich törichteres Verfahren, als die Herabsetzung der Löhne solcher qualifizierter Leute, die in den Unternehmungen die Höchstleistungen hervorbringen? Trotzdem

geschieht es bereits andauernd. Obwohl es doch eine Binsenwahrheit ist, daß jede Einkommensvermehrung, die dem notwendigen Verbrauch zugeführt wird, die Gütervermehrung hebt, Arbeit schafft und die Konjunktur belebt. Die Lohnpolitik, die insbesondere zur Hebung des Einkommens der gering entlohnerten Massen führt, steigert den Verbrauch, vermehrt die Gütererzeugung und den Warenumsatz. Diese banalen Erkenntnisse werden in anderen vergleichbaren Industrieländern, in Amerika und England, ohne weiteres in der Tat umgesetzt, abgesehen von den Fällen, wo eine völlig abnorme Situation vorliegt. Dort drohelt man auch nicht die sich belebende Konjunktur mit nacheinander erfolgenden Preisherabsetzungen, wie es durch die Kartelle, Syndikate und Preiskonventionen in Deutschland geschieht, ja, sogar bei einer niedergehenden Konjunktur erfolgt! Den Gewerkschaften ist aus all diesen Gründen dringend anzuraten, sich gegen Lohnherabsetzungen auf das entschiedenste zu wehren. Es muß hier dem Anfang widerstanden werden. Es kommen sonst, wenn die Depression in der Wirtschaft noch etwas länger anhalten sollte, schließlich alle Betriebe und Konzerne, melden ihre „Notlage“ an und verlangen Lohnherabsetzungen. Das Signal hierzu ist von den Zentralstellen des Unternehmertums gegeben worden.

Was wir in der Hauptsache brauchen, um der wirtschaftlichen Depression entgegenzuwirken, sind u. a. folgende Mittel: Arbeitsbeschaffung durch die Wirtschaftsführer, ergänzt durch behördliche Arbeitsbeschaffung (Durchführung der Osthilfe usw.), Herannahme von Auslandskrediten und Erhebung eines allgemeinen Notopfers zu produktiven Zwecken und zugunsten der Arbeitslosen, Zuführung von verbilligten Krediten an die Landwirtschaft nach den vorgesehenen Regierungsmaßnahmen und aus dem bestehenbleibenden Fonds der Industriebelastung, Freimachung und Belegung des Wohnungsbaues durch Senkung der viel zu hohen Hypothekenzinsen und Beseitigung der zu großen Zinsspannen der Banken, schnelle Herausgabe billigerer Goldpfandbriefe (6prozentige), Einwirkung des Reiches und der Länder auf die starren Preisbindungen der Kartelle, Markenartikelfabrikanten und monopolistischen Unternehmerorganisationen und schnellere Anpassung der zu hohen Warenpreise an die jetzige Wirtschaftskonjunktur. Notwendig ist eventuell auch die der Regierung ermöglichte elastische Handhabung der Zollgesetzgebung. Ferner muß die sinnlose Bevorzugung ausländischer Waren durch zweckentsprechende Aufklärung der Verbraucherkreise, insbesondere auch der Hausfrauen, eingedämmt werden.

Dr. Preußler gegenüber, der außer den schon erwähnten Übertreibungen und seiner Diktatursehnsucht auch noch darüber klagt, daß unser heutiges Staats- und Wirtschaftsleben in den Grundfesten erschüttert sei und daß „das Gespenst des Bankerotts beinahe jedes Unternehmen und Geschäft bedroht“, sei gesagt, daß der größte Teil des Volkes etwaigen Diktaturgelüsten sowohl auf politischem wie auch auf sozialwirtschaftlichem Gebiet geschlossen entgentreten würde. Seine Auffassung von der Verfassung der deutschen Wirtschaft kann auch nicht geteilt werden. Unsere Wirtschaft und unser Produktionsapparat sind im Kern gesund und durchaus leistungsfähig; die deutschen Arbeiter sind im höchsten Grade leistungswillig und diszipliniert. Eine Weltwirtschaftskrise geht natürlich an Deutschland auch nicht spurlos vorüber. Aber, wenn nicht alle Zeichen trügen, stehen wir wieder vor einem Wirtschaftsaufschwung. Es kommen demnächst große Auslandsanleihen (400 Millionen) herein. 200 Millionen zahlt Amerika zudem in nächster Zeit als Entschädigung für die Wegnahme deutschen Eigentums an deutsche Schiffahrtsgesellschaften zurück. Der Kapitalmarkt erfährt zurzeit eine große Erleichterung. Diese wird noch bei der jetzt erfolgenden Rückzahlung der kurzfristigen Schulden des Reiches und der Kommunen zunehmen. Es könnte nichts Törichteres passieren, als den Kampf um allgemeine Lohnsenkungen weiter fortzuführen! Jetzt heißt es, den Kopf hochhalten, nicht die Nerven durchgehen lassen und den oben aufgesetzten wirtschaftlichen Notwendigkeiten schnell hintereinander Rechnung tragen. Die Preise können von den Unternehmern schnell wieder erhöht werden, Lohnsenkungen aber sind nicht so leicht zu beheben.

F. Baltrusch.

Bilanz der internationalen Sozialpolitik.

Wie alljährlich legt der Direktor des Internationalen Arbeitsamts auch der am 10. Juni d. J. in Genf beginnenden 14. Internationalen Arbeitskonferenz einen umfassenden Tätigkeitsbericht vor. Der diesjährige Bericht verdient deshalb ganz besondere Beachtung, weil er gewissermaßen einen Überblick über das nunmehr zehnjährige Wirken der Internationalen Arbeitsorganisation und des Internationalen Arbeitsamts insbesondere gestattet.

Der Internationalen Arbeitsorganisation gehören heute 55 Mitgliedstaaten an, darunter Brasilien, das bekanntlich aus dem Völkerbund ausgeschieden ist, aber nach wie vor der Internationalen Arbeitsorganisation angehört und die Arbeitskonferenz mit vollständigen Delegationen besichtigt.

Die Zusammenarbeit mit den Regierungen der Mitgliedstaaten gestaltet sich von Jahr zu Jahr enger und bildet immer zweckmäßigere Formen eines gegenseitigen Zusammenwirkens heraus. Verschiedene Länder, insbesondere die überseeischen, unterhalten in Genf ständige Vertretungen beim Internationalen Arbeitsamt oder solche, die ihre Regierungen sowohl beim Völkerbund als auch beim Arbeitsamt ständig vertreten. Zu diesen Ländern gehören China, Japan, Kanada, Kolumbien, Kuba, Peru, Persien und Südafrika. Von den europäischen Ländern sind es insbesondere Dänemark, Schweden, Finnland, Irland, Ungarn, Lettland, Polen, Portugal, Rumänien und Jugoslawien. Die Regierungen von Argentinien, Bulgarien, Griechenland, Italien, Norwegen, der Tschechoslowakei, Uruguay und Venezuela, haben ihre diplomatischen oder Konsularvertreter in Bern oder in Genf mit der Vertretung ihrer Regierungen beim Völkerbund und beim Internationalen Arbeitsamt betraut. In den nordeuropäischen Ländern hat das internationale sozialpolitische Werk von Genf zu einer sozialpolitischen Arbeitsgemeinschaft geführt, mit dem Zweck, angesichts der Ähnlichkeit der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse dieser Länder auf dem Gebiete der Durchführung internationaler Grundsätze in der Sozialpolitik gemeinsam zu beraten und gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen. Zweifellos können solche Arbeitsgemeinschaften für den Gedanken der Universalität der Sozialpolitik eine Gefahr darstellen. Die Praxis der nordischen Länder hat indessen bewiesen, daß die gemeinsamen Beratungen geeignet sind, Schwierigkeiten, die einer Ratifikation internationaler Arbeitsübereinkommen in einem Lande im Wege stehen, gemeinsam zu überwinden und somit den internationalen sozialen Fortschritt zu fördern. Eine interessante Neuerung hat die rumänische Regierung eingeführt durch die Gründung eines „Ausschusses zur Pflege der Beziehungen mit der Internationalen Arbeitsorganisation und dem Internationalen Arbeitsamt“. Dem Ausschuss gehören Vertreter der zuständigen Regierungsdienststellen sowie der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer an. Den Vorsitz führt der Generalsekretär des Arbeitsministeriums. Der Ausschuss befaßt sich mit allen die Internationale Arbeitsorganisation angehenden Fragen, sowohl in bezug auf die Vorbereitung der Arbeiten für die Internationale Arbeitskonferenz und das Internationale Arbeitsamt, als auch in bezug auf die Ratifikation der internationalen Arbeitsübereinkommen und ihre Durchführung. Auch in den asiatischen Ländern und insbesondere in den Ländern an den Gestaden des pazifischen Ozeans, hat die von Genf ausgehende internationale Sozialpolitik zu einer Fühlungnahme geführt, die nicht nur im Interesse des sozialen Fortschritts liegt, sondern angesichts der gefährlichen wirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen dieser Länder untereinander im Interesse einer Sicherung des Friedens von höchster politischer Bedeutung ist.

Wie der erwähnte Bericht zeigt, war das von der Internationalen Arbeitsorganisation im letzten Jahre erlebte Arbeitsprogramm besonders umfangreich. Die Zahl der internationalen Arbeitsübereinkommen wurde um zwei vermehrt. Sie beträgt heute 28. Diese beiden Übereinkommen wurden von der 12. Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1929 angenommen und betreffen den Schutz der Dockarbeiter gegen Unfälle sowie Vorschriften über die Gewichtsbezeichnung von schweren auf Schiffen beförderten Lasttücken. Weiter hat die Konferenz eine Empfehlung angenommen, die allgemeine Grundsätze und Regeln zur Verhütung von Arbeitsunfällen enthält. Eine andere von der Konferenz angenommene Empfehlung sieht vor, daß die Mitgliedstaaten ein gesetzliches Verbot erlassen, ungeschützte Maschinen in den Handel zu bringen.

Darüber hinaus hat sich die 12. Internationale Arbeitskonferenz

zum ersten Male mit der wichtigen Frage der Ausdehnung des internationalen Arbeitszeitschutzes auf die Angestellten befaßt. Ein anderer wichtiger Beratungsgegenstand der 12. Internationalen Arbeitskonferenz war die Regelung der Zwangsarbeit in den Kolonien.

Im Oktober 1929 fand eine besondere Schiffahrtstagung der Internationalen Arbeitskonferenz statt. Von besonderer Bedeutung war die im Januar 1930 abgehaltene Vorbereitende Technische Konferenz über die Arbeitsbedingungen im Steinkohlenbergbau. Hier wurde das Internationale Arbeitsamt von der Völkerbundsversammlung beauftragt, von der sozialen Seite her beizutragen an der Lösung der Weltkohlenkrise mitzuwirken.

Die Zahl der ratifizierten Übereinkommen ist von 342 am 15. März 1929 auf 386 am 15. März 1930 angewachsen. Außer diesen 44 neuen Ratifikationen ist zu berücksichtigen, daß in 22 Fällen die gesetzgebenden Körperschaften der Regierungen die Ratifikation beschlossen haben, während in 125 Fällen die Regierungen ihren gesetzgebenden Körperschaften die Ratifikation empfohlen haben. Zweifellos ist auf der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz die Bekanntgabe weiterer Ratifikationen durch verschiedene Regierungsvertreter zu erwarten.

Es wäre falsch, das Werk der Internationalen Arbeitsorganisation nur nach der Zahl der ratifizierten Übereinkommen zu beurteilen, wenngleich diese Ratifikation zweifellos die zweckmäßigste und sicherste Form der Übernahme internationaler Verpflichtungen bedeuten. Die zehnjährige Erfahrung hat indessen gelehrt, daß die internationalen Maßnahmen auch da, wo eine Ratifizierung nicht stattfand und insbesondere soweit es sich um die Durchführung der zahlreichen Empfehlungen handelt, einen unverkennbaren Einfluß auf die nationale Gesetzgebung der einzelnen Länder ausübten. Der Bericht gibt in dem Kapitel über die Prüfung der erzielten Ergebnisse schon weitgehende Auskunft über den Einfluß des Genfer Werkes auf den Stand des Arbeiterschutzes, der Sozialversicherung, der Löhne des Arbeitsmarktes, des Wanderungswesens, des Sonderschutzes bestimmter Berufsgruppen (Seeleute, Landarbeiter, Angestellte, geistige Arbeiter usw.).

Es ist hier unmöglich, in kurzen Worten auf die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes hinzuweisen. Neben zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten, die zurzeit ausgeführt werden, neben der Sammlung von Unterlagen über alle Zweige der Sozialpolitik in den verschiedenen Ländern der Welt, verdient insbesondere die Auskunftstätigkeit des Internationalen Arbeitsamts besondere Erwähnung. Im Jahre 1929 sind vom Internationalen Arbeitsamt nahezu 1000 Anfragen von Regierungen und Regierungsstellen, Parlamentariern, Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, freien sozialpolitischen Vereinigungen, wissenschaftlichen Instituten, Einzelpersonen usw., beantwortet worden. Es handelt sich hier vorwiegend um Anfragen, deren Beantwortung in der Regel internationale Rundfragen und Erhebungen notwendig machte. Aus Großbritannien kamen 142 solcher Anfragen, aus Frankreich 135, aus Deutschland 133, aus der Schweiz 101, aus den Vereinigten Staaten 72, aus Italien 64, aus Belgien 63 usw.

Der Haushalt des Internationalen Arbeitsamts für das Jahr 1930 beträgt 8,5 Millionen Goldfranken. Angesichts gewisser Bestrebungen, den Haushalt des Internationalen Arbeitsamts einzuschränken, darf gesagt werden, daß die Aufwendungen der einzelnen Länder für die internationale Sozialpolitik geradezu unerheblich sind, wenn man berücksichtigt, daß z. B. in Deutschland auf 100 Goldfranken des Gesamthaushalts 0,5 Centimes auf das Internationale Arbeitsamt entfallen. Für Australien beläuft sich dieser Satz auf 1,1, für Frankreich auf 0,7, für Großbritannien auf 0,4, für Italien auf 0,9 und für Japan auf 1,1. Der britische Beitrag für das Internationale Arbeitsamt beläuft sich zurzeit auf 34 000 Pfund jährlich. D. h. die Aufwendungen Großbritanniens für das Internationale Arbeitsamt sind nicht so hoch wie die Telephonkosten des britischen Arbeitsministeriums, die sich auf 36 000 Pfund jährlich belaufen.

Zusammenfassend darf gesagt werden, daß der Überblick über das in diesen zehn Jahren vollbrachte Werk von der Schlußfolgerung berechtigt, daß der beschrittene Weg geeignet ist, das in Teil 15 des Friedensvertrages verheißene Ziel der sozialen Gerechtigkeit zu erreichen.

Nicht in Ordnung?

Auch im Berichtsjahre 1929 muß leider festgestellt werden, so sagt die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft in ihrem Jahresbericht, daß viele Betriebsunternehmer den UDD. nicht die gebührende Beachtung schenken. In vielen Betrieben sind trotz der Hinweise in Fachzeitingen und bei allen sich bietenden Gelegenheiten die UDD. nicht zum Aushang gebracht. Noch schlimmer ist, daß sich Betriebsunternehmer nicht einmal mit den wichtigsten Vorschriften für die im eigenen Betriebe benutzten Maschinen und Einrichtungen vertraut machen. Selbst gegen Vorschriften, die jedem bekannt sein müßten, wird in leichtsinnigster Weise verstoßen. Verhängt der Vorstand in solchen Fällen Strafen, so werden in der Regel Entschuldigungen vorgebracht, die als berechtigt nicht anerkannt werden können. Auf die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse wird fast immer und selbst dann hingewiesen, wenn es sich um Schutzmaßnahmen handelt, die jeder Betriebsunternehmer in seinem Betriebe leicht ohne erhebliche Kosten selbst herstellen kann.

Im Interesse der Unfallverhütung wurden in 6835 Betrieben 20 441 Anordnungen getroffen, in 975 Fällen mußte die Instandsetzung, die Wiederanbringung und Benutzung vorhandener Schutzvorrichtungen gefordert werden. Hierbei sei betont, daß in mindestens 25 Prozent der beanstandeten Betriebe nur geringfügige Mängel festgestellt wurden, so daß es also nicht berechtigt wäre, diese Betriebe als „nicht in Ordnung“ zu bezeichnen.

Es wurden angeordnet:

Verkleidungen von Wellen, Riemen und dergl.	3057 mal
Befestigung oder Umkleidung von Keilen, vorstehenden Schrauben und Wellenenden	235 "
Verkleidung von Rädergetrieben	227 "
Ausrücker anbringen und ändern	160 "
Schutz vor Einzugswalzen	99 "
An Kreissägen:	
Spaltkeil und seine Änderung	1571 "
Schutzhaube oder Deckschiene	1178 "
Untere Blattverkleidung	961 "
An Bandsägen:	
Verkleidung des Blattlaufs und der Sägenscheiben	2059 "
Dervollständigung der Sägenscheibenverkleidung	768 "
An Pendelsägen:	
Sägeblattverkleidung in Ruhestellung	144 "
Riemenschutzbrett	205 "
Dervollständigung der Schutzhaube	96 "
An Fräsen:	
Schutzringe, Deckplatten, Schutzkästen	2574 "
Zuführungs- und Einspannläden	635 "
Druckfedern und Druckapparate	554 "

An Vertikalgattern:	
Verkleidung von Lenkerstangen und Kurbelscheiben	232 "
Ausrückerverriegelung	97 "
An Horizontalgattern:	
Schranken vor Kurbel, Lenkerstange und Schwungrad	80 "
Fangbügel oder Prellposten	67 "
An Dickenhobelmaschinen:	
Rückschlagsicherung	1602 "
Änderung der Haube über der Messerwelle	941 "
Sicherung der Rückschlagsicherung gegen Umlegung der Greifer	44 "
An Abriechtmaschinen:	
Verdeckung der Messerspalt vor und hinter dem Anschlag	604 "
Dollständige Rundgestaltung der Messerwellen	63 "
Beseitigung hölzerner Auflagen	9 "
Ferner:	
Anbringung von Treppengeländern, Brüstungsstangen, Handgriffen, Schranken an Treppenöffnungen	268 "
Sicherheitsstüben an Tischleröfen mit Wasserpfanne	155 "
Schutzbügel über Schmirgelscheibe	111 "
Bereitstellung von Verbandkästen, Ergänzung des Verbandmaterials	244 "
Rauchverbot	79 "
Ausbesserungen von Isolierungen an elektrischen Anlagen, vorchriftsmäßige Lampen	94 "

Anregungen oder Vorschläge zur Ergänzung oder Änderung der Unfallverhütungsvorschriften sind weder von den Mitgliedern noch von den Versicherten gemacht worden.

Selbst wenn nach dem Bericht in 25% der Fälle nur „geringfügige Mängel“ den Grund der Anordnung darstellten, bleibt genug bedenklliche Leichtfertigkeit, um nicht zu sagen grobe Fahrlässigkeit, gegenüber menschlicher Gesundheit und unverletzter Glieder übrig. Man lasse nur einmal die Zahlen bei Sägen und Fräsen auf sich wirken! Wenn man weiß, daß ungeschützte Kreissägen und Fräsen die meisten und gefährlichsten Verletzungen verursachen, dann muß man wünschen, daß neben den notwendigen Anordnungen, die mit nur kurzer Friststellung zu treffen wären, durch eine anschließende Nachkontrolle die Durchführung der Anordnung überwacht würde. Bei Nichterfüllung wird die obligate Geldstrafe nur dann erzieherisch wirken, wenn sie fühlbar hoch angesetzt wird, besser wäre es, dem Schuldigen im Wiederholungsfalle einige Zeit am sicherem Ort Gelegenheit zum Nachdenken zu geben. Die Wirkung geht tiefer und hält länger vor.

Die Tätigkeit des Reichsversicherungsamtes auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung.

Dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1929 entnehmen wir folgende Angaben:

„Die Rechtsprechung, die dem RVA. nach dem ADADG. obliegt, erstreckt sich im wesentlichen auf folgende Streitfragen:

1. Die Versicherungs- und Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung und die Befreiung von dieser, die Krankenversicherung Arbeitsloser (Versicherungspflicht, Beitragspflicht der Reichsanstalt zur Krankenversicherung der Arbeitslosen) und die den Krankenkassen durch das ADADG. übertragenen Aufgaben;

2. die Ansprüche der Arbeitslosen aus der Krankenversicherung;

3. die Ansprüche der Arbeitslosen aus Arbeitslosen- und Krisenunterstützung, Kurzarbeiterunterstützung, die Pflicht der Reichsanstalt zur Entrichtung von Beiträgen für die Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftliche Pensionsversicherung der Arbeitslosen und ferner die Verhängung von Ordnungsstrafen, die der Spruchauschuß des Arbeitsamtes oder die Spruchkammer des Landesarbeitsamtes festgesetzt haben.

Die Entscheidungen des RVA. auf den in Nr. 1 bezeichneten Ge-

bieten ergingen bis zum 1. Oktober 1929 durch den Beschlußsenat für Krankenversicherung, von diesem Zeitpunkt ab durch den neu errichteten Beschlußsenat für Arbeitslosenversicherung. Die Entscheidungen auf dem in Nr. 2 bezeichneten Gebiete ergehen im Revisionsverfahren der Krankenversicherung.

Zur Entscheidung auf den in Nr. 3 bezeichneten Gebieten ist der bei dem RVA. gebildete Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung zuständig. Eine Entscheidung dieses Spruchsenats kommt nur in Frage, wenn einer gesetzlichen Vorschrift eine Auslegung von grundsätzlicher Bedeutung zu geben ist und eine Spruchkammer die Sache deshalb an den Spruchsenat abgegeben hat. Insofern sind vom Senat Rechtsgrundsätze aufzustellen. Bei Ordnungsstrafen, welche die Spruchkammer gegen Auskunftspersonen verhängt hat, ist jedoch die Beschwerde als Rechtsmittel unmittelbar an den Spruchsenat gesetzlich zugelassen. Dann entscheidet der Senat auch Einzelsachen nicht grundsätzlicher Art.“

Der Umfang der Tätigkeit des RVA. auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung ergibt sich aus folgenden Zahlen:

I. Rechtsprechung in Beschlusssachen.

Der Eingang betrug im Berichtsjahre . . . 57 Beschlusssachen
als Reste wurden aus dem Jahre 1928 . . . 15 "

übernommen,

mithin waren zu bearbeiten 70 "

Erledigt wurden 26 "

auf das Jahr 1930 wurden 44 "

übernommen.

Der Beschlusssenat für Arbeitslosenversicherung hat im letzten Dierteljahr 1929 zwei Sitzungen abgehalten.

II. Rechtsprechung in Spruchsachen.

Der Eingang für den Spruchsenat betrug im Berichtsjahre 340 Sachen

Aus dem Jahre 1928 wurden als unerledigt übernommen 155 "

Mithin lagen für 1929 zur Entscheidung vor 495 "

Erledigt wurden 369 "

Als unerledigt wurden auf das Jahr 1930 übernommen 126 "

Don den im Jahre 1929 bearbeiteten Anträgen wurden in öffentlichen Sitzungen

147 Sachen erledigt, und zwar in 59 Fällen wurde die Gesetzesauslegung der Spruchkammer bestätigt,

in 72 Fällen die Sache nach Darlegung der rechtlichen Beurteilung an die Spruchkammer zurückverwiesen,

in 13 Fällen der Abgabebeschluß aufgehoben und die Sache an die Spruchkammer zurückgegeben, und

in 3 Fällen erfolgte die Zurückgabe an die Vorinstanz.

222 Sachen wurden ohne mündliche Verhandlung erledigt, und zwar

in 176 Fällen, weil der Senat inzwischen bereits in einer gleichliegenden Sache entschieden hatte,

in 34 Fällen, weil der Senat unzulässigerweise angerufen worden war,

in 12 Fällen erfolgte die Erledigung auf andere Weise (Zurücknahme der Berufung, Abgabe der Sache an andere Dienststellen).

Der Spruchsenat für Arbeitslosenversicherung hat im Jahre 1929 22 öffentliche Sitzungen abgehalten.

Rundschau.

Warnung vor einem Schwindler! Zurzeit reißt ein früheres Mitglied der Zahlstelle Saarbrücken unseres Verbandes (Friedrich Wolf) im Bezirk herum. W. besucht die Zahlstellenkassierer und sucht bei dieser Unterstützung zu erschwindeln mit der Vorgabe, daß er Mitglied und Schriftführer der Zahlstelle Saarbrücken sei. Als Ausweis führt er ein altes Protokollbuch mit. Er beruft sich u. a. auch auf mich.

Wolf ist ein Schwindler und ist längst kein Verbandsmitglied mehr. Wenn derselbe in einer Ortsgruppe vordringen sollte, muß ihm das Protokollbuch abgenommen werden und am besten wird sofort die Polizei benachrichtigt. Wilhelm Heck.

Arbeitslosigkeit und Reichswirtschaftsrat. Schon Anfang Mai ist dem Vorstand des vorl. Reichswirtschaftsrats ein Antrag Baltrusch-Kreil zugegangen, der ihn ersucht, einen Arbeitsausschuß, bestehend aus Mitgliedern der drei Hauptauschüsse, zu bilden, der umgehend die Frage prüfen soll: Was kann geschehen, um der Arbeitslosigkeit Herr zu werden? In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Zahl der verfügbaren Arbeitssuchenden Ende April noch immer 2 791 000 betrug und daß diese Ziffer um 1 080 000 höher liegt als um dieselbe Zeit des Vorjahres. An Hauptunterstützungsempfängern wurden bei beiden Unterstützungsarten (Arbeitslosen- und Krisenunterstützung) Ende April 2 081 000 gezählt, das sind rund 757 000 mehr, als Ende April 1929. Es heißt dann weiter in der Begründung: „Diese gefährliche wirtschaftliche Entwicklung scheint nicht allein in der ‚schlechten Konjunktur‘ begründet zu sein, sondern es spielen sicherlich eine Reihe anderer Gründe und Hemmungen eine Rolle, an deren Beseitigung die Gesamtwirtschaft ein dringendes Interesse hat.“ Zum Schluß geben die Antragsteller der Ansicht Ausdruck, daß es Sache und Aufgabe des Reichswirtschaftsrats ist, die einschlägigen Fragen zu klären und geeignete Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu machen.

Diesem Antrag wurden die in der Frühjahrssitzung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften diskutierten Richtlinien

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 25. Wochenbeitrag ist für die Zeit vom 15. bis 21. Juni 1930 fällig.

Teilzahlungen an die Hauptkasse sind regelmäßig zu leisten. Die Zahlstellenkassierer müssen den Beitragseinzug und Geschäftsbwicklung so einrichten, daß möglichst wenig Bargeld am Orte verbleibt. Bei peinlich genauer Anwendung der ergangenen Anweisungen schützen Kassierer und Vertrauensleute sich und den Verband vor Verlusten. Darum: Teilzahlungen!

Kündigung der Lohnstarife.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes kündigte unserem Verbands durch folgendes Schreiben vom 13. ds. Mts. die Lohnstarife:

„Wir kündigen hiermit entsprechend Ziffer 7 des Schiedspruches über die tariflichen Entlöhne vom 5. Juni 1929 in Verbindung mit § 18 Abs. 2 des Mantelvertrages das Lohnabkommen und die dazu abgeschlossenen bezirklichen Lohnstarife zum 1. August 1930.“

zur Hebung der Wirtschaftslage und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gleichzeitig beigefügt. Sie sollen mit eine Grundlage für die Aussprache im Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrats bilden. Die Gefahr und der Schaden der Riesenarbeitslosigkeit sind so groß, daß Mittel zu ihrer Behebung unbedingt gefunden und eingesetzt werden müssen.

Internationale Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Arbeitnehmerverbände. Der Vorstand der Internationalen Arbeitsgemeinschaft evangelischer Arbeitnehmerverbände tagte in Zürich, im Anschluß an den dritten schweizerischen evangelisch-sozialen Kongreß, unter Vorsitz von Minister a. D. Dr. W. Koch (Berlin).

Anwesend waren Vertreter aus Deutschland, Dänemark, Holland, Polen und der Schweiz.

Der Bericht des Sekretärs, Herrn H. Amelink (Utrecht) wurde gutgeheißen. Dieser Bericht enthält u. a. Angaben über die geführte Propagandaarbeit und umfaßt als Beilage, einen Überblick über die in Dänemark, Lettland und Ungarn unternommenen Propagandareisen. Der Vorstand beschloß in bezug auf die Propaganda in den überwiegend protestantischen Ländern, sich an den Vorstand des Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften zu wenden, damit die Propaganda unter den protestantisch-christlichen Arbeitern in diesen Ländern so zweckmäßig wie möglich gestaltet wird.

Der Sekretär wird im Anfang des nächsten Jahres in Dänemark auf einen dreitägigen sozialen Kursus ein Referat halten; eine Vortragsreise in 10 bis 12 Ortschaften dieses Landes soll damit verbunden werden.

Die Frage der Propaganda in Ungarn wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Mit Norwegen sollen Beziehungen gesucht werden.

Weiter wurde auch die Frage der Beziehungen zwischen der Internationalen Arbeitsgemeinschaft evangelischer Arbeitnehmerverbände und dem Internationalen Sozialwissenschaftlichen Institut der Kirchen in Genf besprochen. Mit Bedauern mußte festgestellt werden, wie auch aus dem Bericht des Sekretärs zu ersehen ist, daß die protestantisch-christliche Arbeiterbewegung von diesem Institut so gut als ignoriert wird. Der Vorstand sah sich leider veranlaßt, festzustellen, daß zwei unlängst erschienene Schriften es erneut beweisen. In einer von Juni 1929 datierten und von Prof. Dr. A. Keller, dem Leiter des Instituts, verfaßten Broschüre, wird wohl das Internationale Arbeitsamt berücksichtigt und auf die große Bedeutung der Anknüpfung von Beziehungen mit der freien Arbeiterbewegung hingewiesen, aber über den Wert der christlichen Arbeiterbewegung wird geschwiegen. Weiter mußte auch festgestellt werden, daß in einer dieses Jahr erschienenen Broschüre „Soziale Programme der Kirchen und freier religiöser Organisationen“ das soziale Programm des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands

Fahrzeugindustrie,

Wagen- und Waggonbau,
Berufs- und fachkundliche Nachrichten.

Zusammenschlüsse in der Waggonindustrie und beim Kraftwagenbau.

Die Zusammenschlußbestrebungen in der deutschen Waggonindustrie nahmen ihren Fortgang. Die Fachzeitschrift „Der Waggon- und Lokomotiv-Bau“ teilt hierüber folgendes mit: Nachdem die Orenstein & Koppel A.-G. Mitte März von der Anhalt-Deßauischen Landesbank die Aktienmajorität der Deßauer Waggonfabrik A.-G. erworben und damit ihre Reichsbahn-Waggonquote auf 5,21% erhöht hat, scheint nunmehr seitens der Verwaltung der Orenstein & Koppel A.-G. die Absicht zu bestehen, bei dem endgültigen Zusammenschluß des Waggonbaus mit einer beachtenswerten Quote beteiligt zu sein. Sie beabsichtigt, außer Deßau noch die hannoversche Waggonfabrik A.-G. (Hawa), deren Reichsbahnquote 2,55% beträgt, die Gottfried Lindner A.-G. in Ammendorf bei Halle (Reichsbahnquote 2,59%) und die Gothaer Waggonfabrik A.-G. (Reichsbahnquote 2,55%) zu erwerben.

Dieser Zusammenschluß würde zu einem Anteil von 9,73% des Reichsbahngeschäftes führen, welche Quote sich noch durch die Quoten der beiden Waggonfabriken Orenstein & Koppel A.-G. in Berlin und Dorstfeld bei Dortmund (3,17%) auf insgesamt 12,9% erhöhen würde.

Hierzu verlautet allerdings, daß ein Übergang der Gottfried Lindner A.-G. oder hannoverschen Waggonfabrik in andere Hände vorläufig überhaupt nicht in Frage komme.

Nach langwierigen Verhandlungen ist es nach der „Germania“ vom 24. April 1930 endlich gelungen, einen Vorvertrag über die Bildung eines kontinental-europäischen Waggonkartells abzuschließen. Die endgültige Unterzeichnung durch die beteiligten Länder wird spätestens Anfang Juni zu erwarten sein.

Man hoffte ursprünglich, vor Jahreswende das Kartell unter Dach bringen zu können. Es hat dann aber doch noch fast vier Monate gedauert, ehe das Abkommen als „abgeschlossen anzusehen“ ist, das zunächst auf ein Jahr befristet ist. Daß die deutsche Öffentlichkeit Einzelheiten, auch über die Quoten, erst wieder aus der ausländischen Presse erfahren muß, ist bedauerlich.

Bei dem Kartell handelt es sich um einen Zusammenschluß einer Reihe europäischer Länder, um mit Hilfe der Quoten, bei denen Deutschland an zweiter Stelle steht, den außereuropäischen Markt mit Eisenbahnwaggonen zu beliefern. Die Voraussetzung für die Durchführung war zunächst die Schaffung nationaler Organisationen in den einzelnen Ländern, die ihrerseits die Belange der einzelnen Gruppen vertreten konnten. Die englische Waggonindustrie hat sich wahrscheinlich an dem Kartell deshalb nicht beteiligt, weil sie u. a. auf ihre besonderen Ausführbelange nach ihren Kolonien — ähnliche wie bei der Rohstahlgemeinschaft — Rücksicht zu nehmen hat.

Auch im Kraftwagen-Bau scheinen nun stärkere Zusammenschlußbestrebungen sich vorzubereiten. Meldungen darüber lauten: Durch die Beschlüsse des Reichstages werden u. a. auch der Zoll auf Benzin erhöht und eine Steuer auf den Benzolverbrauch eingeführt. Das bedeutet für den Kraftfahrzeugverkehr eine neue schwere Belastung, in demselben Umfange aber auch für die Kraftfahrzeugindustrie, deren Absatz erschwert wird. Der Ausleseprozeß in der deutschen Automobilindustrie wird daher beschleunigt, die schwebenden Fusionspläne werden gefördert.

In den letzten Tagen hat man sich denn auch wieder stärker mit den Zusammenschlußmöglichkeiten in der Automobilindustrie beschäftigt. Man weiß, daß bereits vor Jahr und Tag Verhandlungen zwischen den beiden größten Werken, nämlich der Daimler-Benz-A.-G. und der Adlerwerke vorm. Heinr. Kleyer A.-G. Frankfurt a. M., geschwehrt haben. Es ergaben sich dabei aber Schwierigkeiten, die, wie man uns sagt, auf personellem Gebiete gelegen haben dürften. Diese Prestigefragen scheinen letzthin eine wesentliche Klärung erfahren zu haben, so daß man jetzt mit der Aufnahme von ernsthaften Verhandlungen rechnen kann. Bei der neuen Kombination, die sich bisher nur in rohen Umrissen abzeichnet, dürften die beiden soeben genannten Gesellschaften das Kernstück bilden. Es scheint ferner daran gedacht zu sein, die Automobilherstellung der Bayerischen Motoren-Werke von der Motorenherstellung abzutrennen und sie dem neuen Gebilde anzugliedern. Schließlich verlautet von Bestrebungen, die auf eine Einbeziehung der Automobilwerke H. Büßing, Braunschweig, der bekannten Saftkraftwagenfabrik, hinauslaufen. Möglicherweise wird man auch noch an die Nationale Automobil-Gesellschaft (N. A. G.) herantreten.

Damit dürfte der Kreis der Gesellschaften, die für eine Fusion, wenigstens zunächst, in Frage kommen, erschöpft sein. Bei den Verhandlungen wird die Vereinigte Stahlwerke A.-G., die an der Automobilindustrie als einem ihrer wichtigsten Abnehmer naturgemäß ein starkes Interesse besitzt, nicht unbeteiligt sein. Allerdings ist kaum anzunehmen, daß dieser Konzern bei dem Zusammenschluß ein kapitalmäßiges Interesse nehmen wird. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit scheint aber noch nicht gesprochen zu sein.

Reichsbahnaufträge für die Waggonindustrie!

Die zweite Zuteilung der Aufträge der Deutschen Reichsbahn an die Waggonindustrie für das Jahr 1930 soll in Kürze, entsprechend den vorgesehenen Quoten, erfolgen. Die erste Zuteilung erfolgte bereits im Herbst des Vorjahres und hatte einen Wert von annähernd 85 Millionen RM. Angehlich umfaßten die Aufträge der ersten Zuteilung 50 Dampflokomotiven, rund 880 Personenwagen, rund 200 Gepäckwagen, rund 160 Güter- und Arbeitswagen, rund 325 Bahndienstwagen und 4 Schiffe.

Nach einem früher von der Reichsbahn entwickelten Programm sollten im Laufe von 3 Jahren rund 8000 Personenwagen neu erstellt werden und zwar 3000 Wagen als Vermehrung und 5000 Wagen als Ersatz für die im Interesse der Betriebssicherheit vorgesehenen Ausmusterungen. Im Jahre 1929 sind hiervon bereits rund 3800 Personenwagen erstellt worden mit Einschluß der Beschaffungen aus dem 100-Millionen-Kredit. Die vorgesehenen Schiffe sind mittlere Motorboote und für den Verkehr auf dem Bodensee bestimmt.

Bei der jetzigen Zuteilung sind die Vereinigten Westdeutschen Waggonfabriken angeblich mit einem Auftrag von 7 Millionen RM. beteiligt. Einen weiteren Auftrag im Wert von rund 6 Mill. RM. sollen Westwaggon für französische Eisenbahnen als Reparationsauftrag bereits früher erhalten haben und zwar handelt es sich um eine Lieferung von 750 verdeckten Güterwagen, die bis Ende dieses Jahres erfolgt sein muß. — Von der Niederländischen Staatseisenbahn soll Westwaggon gleichfalls einen Auftrag von 12 D-Zugwagen 1. und 2. Klasse und auf 150 Güterwagen für Gemüseverfracht erhalten haben.

zwar aufgenommen wurde, aber die Programme der christlichen Arbeiterorganisationen der anderen Länder Europas mit keinem Worte erwähnt werden.

Der Vorstand, der die Bedeutung der Arbeit des sozialwissenschaftlichen Instituts in keiner Weise unterschätzt, auf gute Beziehungen einen sehr hohen Wert legt und sich zur Zusammenarbeit gern bereit erklärt, beschloß mit dem sozialwissenschaftlichen Institut über diese Frage in Verbindung zu treten.

Es wurde beschlossen, den zweiten Kongreß, im Jahre 1931 in Deutschland abzuhalten im Anschluß an eine von der deutschen Organisation zu organisierenden großen Reichstagung. Der leitende Ausschuß wird beauftragt, das Programm des zweiten Kongresses auszuarbeiten.

An die Adresse der Beamten. Die Geldkalamitäten der Regierung sind bekannt. Weniger bekannt, darum aber nicht weniger groß ist die Not unter den Arbeitslosen. Zur Behebung der dringendsten Not wurde wiederholt die Erhebung eines Notopfers vorgeschlagen. Einig konnte man sich bisher nicht werden, wer alles dazu herangezogen werden sollte. Daß die Festbesoldeten, die Beamten vor allen Dingen, dazu herangezogen werden sollten, war eine Forderung, die immer wieder erhoben wurde. Die Beamtschaft hat natürlich gegen diese Absichten protestiert.

In der „Sozialen Praxis“ tritt der bekannte Sozialpolitiker für ein Notopfer der Beamten ein. Unter anderem schreibt er:

„Der Deutsche Beamtenbund hat am 22. Mai seinen geschäftsführenden Vorstand „fast einmütig“ eine Entschließung fassen lassen,

die sich mit dem immer lauter gewordenen Ruf der nichtbeamteten Bevölkerung nach einem Notopfer der Beamten beschäftigt und „sich auf das entschiedenste dagegen wendet“, daß die zur Behebung der gegenwärtigen Notlage erforderlichen außerordentlichen Maßnahmen „in erster Linie die Beamten treffen sollen“. Als gerechteste Lösung wird die „Heranziehung aller leistungsfähigen Volksschichten“ gefordert. Der Deutsche Beamtenbund ist nicht gut beraten. Es hätte ihm nicht entgehen dürfen, daß die deutsche Beamenschaft sich mitten auf dem Wege zu jener gleichen Vertrauenskrise befindet, in der das Parlament steht. Das Volk ist nicht nur mit seinem politischen Parteiwesen unzufrieden, sondern auch mit dessen großer Gegenspielerin, der Bürokratie. Und wie die Beamenschaft selbst den Einfluß der Parteien nicht liebt, so sind es auch die Parteien ein wenig müde geworden, einen Wettlauf um die Gunst der Beamten zu veranstalten, denn im Grunde hat sich keine sehr gern daran beteiligt. Etwas anderes kommt hinzu: die früheren Argumente der Beamtenführer, der Pensionsanspruch beruhe auf vorenthaltenem Lohn, hat seit der letzten Gehaltserhöhung der Beamten jede Schlagkraft im Volke verloren. Die Bezüge der Beamten liegen in ungezählten Fällen auch ohne jede Berücksichtigung des Pensionsanspruchs höher als diejenigen vergleichbarer Angestellter und Arbeiter in Handel und Gewerbe. Die Aufstiegschancen sind erheblich; Arbeitszeit und Ferien haben eine im ganzen erträgliche, stellenweise sogar ausgezeichnete Regelung gefunden.

Keine Resolutionen von Beamtenverbänden können das arbeitende und arbeitslose Volk von einem Vergleich der eigenen Lebensunsicherheit mit der grundsätzlichen Unkündbarkeit, dem automatischen Zeitavancement und der Pensionsberechtigung der Beamten ablenken. Es ist kein Zufall, daß gerade aus dem christlichen Arbeiterlager sich immer wieder Stimmen erhoben haben, die auf die Unerträglichkeit eines Zustandes hinwiesen, in dem sich ein Teil des Volkes aus öffentlichen Mitteln geborgen fühlen konnte, während ein anderer Teil trotz eigener Beitragsleistungen nicht wußte, wie er die primitivsten Lebensansprüche befriedigen sollte. „Einer trage des andern Last.“

Die Liebe zu Vaterland und Staat gehört zu den besten Traditionen des Beamtentums. Sie wird jetzt auf die Probe gestellt. Der Deutsche Beamtenbund hat sich gegen die „Verslechterung der rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Stellung der deutschen Beamten“ gewandt. Er sollte erkennen, daß den grundlegenden Rechten der Beamten nur dann unter den veränderten Zeitverhältnissen neue Verteidiger im Volke erstehen werden, wenn die Beamtenbewegung auch dadurch für die Besonderheit des Beamtentums Verständnis bekundet, daß sie sich zu einer freien sittlichen Tat entschließt. Eine gut geführte Beamenschaft dürfte sich das Opfer der Pensionsberechtigten für die Arbeitslosen nicht erst aufzwingen lassen. Die Führer der Beamten selbst mußten die Initiative zum Opfer ergreifen. Gerade dann konnten sie eine Volksbewegung in gesunde Bahnen lenken, Härten verhüten und das Ansehen des Berufsbeamtentums festigen und nähren.“

Statistik des sozialen Aufstiegs. Das Statistische Reichsamt veröffentlicht eine für die soziale Umschichtung unserer Zeit interessante Auswertung des vorliegenden statistischen und biographischen Materials über die Herkunft der heutigen führenden Kreise. Es sind etwa 11 000 Fälle herangezogen worden. Der soziale Aufstieg aus den unteren und mittleren Schichten in führende Stellungen ist am häufigsten in der Gruppe der Politiker usw. mit 69,9 v. H. Es folgen die künstlerischen Berufe mit 28,1 v. H., dann die Intellektuellen und Beamten mit 21,1 v. H. und schließlich die wirtschaftliche Oberschicht mit 1,7 v. H.

Ordnet man die einzelnen Berufe nach der Größe ihres Anteils an den mittleren und unteren Schichten, so zeigt sich, daß der soziale Aufstieg bei den akademisch gebildeten Lehrern am häufigsten ist. Hier entfallen 11,0 v. H. der Väter auf die mittleren Beamten und 10,6 v. H. auf die Lehrer ohne akademische Vorbildung. Verhältnismäßig gering ist, daß der Vater den gleichen Beruf ausübte. Auch bei den Geistlichen stammt ein erheblicher Teil, 38,3 v. H. namentlich von Landwirten und Gewerbetreibenden, 3,8 v. H. aus der Arbeiter-

schaft. Aber im Gegensatz zu den Lehrern waren mehr als ein Viertel in die Untersuchung einbezogenen Geistlichen Söhne von evangelischen Pfarrern. Bei den Dichtern, Schriftstellern und Journalisten stammen ebenso wie bei den gehobenen technischen Berufen über ein Drittel aus den unteren und mittleren Schichten. Bei den Ärzten, Zahnärzten und Apothekern kommen 24 v. H., bei den höheren öffentlichen

Beamten 20 v. H., bei den Gelehrten und Hochschullehrern 17 v. H., bei den Rechtsanwälten und Notaren 13 v. H. aus sozial ungleichen Schichten.

Bei der sogenannten wirtschaftlichen Oberschicht spielt die Vererbung des Besitzes naturgemäß eine sehr große Rolle. 77,8 v. H. aller Großgrundbesitzer stammen von Großgrundbesitzern ab. Auch bei den Großindustriellen haben 55,8 v. H., bei den Großhändlern usw. 49,4 v. H. die Stellung ihres Vaters übernommen. Der soziale Aufstieg in diese Schichten ist sehr schwierig, nur 15 v. H. der beiden letzten Berufszugehörigen sind aus niederem sozialen Niveau hervorgegangen. Umgekehrt liegen die Verhältnisse bei den Politikern, deren Väter zu 71,6 v. H. den unteren und mittleren Volksschichten angehörten.

Auch diese Statistik ist ein Beweis dafür, daß das Wort „Freie Bahn dem Tüchtigsten“ lange noch nicht verwirklicht ist. Nicht Mangel an Intelligenz, sondern an geldlichen Mitteln verhindert immer noch das Aufsteigen der begabten Söhne der Arbeiterchaft in führende Stellungen. Hier Wandel zu schaffen ist eine vornehme Pflicht des sozialen Volksstaates.

Schrittmacher des Unglaubens. Die freien Gewerkschaften sind zweifelsohne die erfolgreichsten Vorkämpfer für das Neuhelidentum. Unter dem Deckmantel ihres rein „ökonomischen Zweckes“ versuchen sie, die noch religiös empfindenden Arbeiter in ihre Reihen einzugliedern, um sie dann ganz allmählich von der „Überordnung“ des materialistischen Sozialismus zur „Ausschließlichkeit“ desselben zu „bekehren“. Sie sind heute abgekommnen von der groben Bekämpfung der Religion, das heißt, sie wenden die taktische Klugheit des Wolfes an, der im Schlafspitze durch die Lande zieht. Sie suchen die alten religiösen Formen beizubehalten und ihnen einen rein irdischen Sinn zu unterlegen. Ihr neuzeitliches Mittel sind die Jugendweihen, für die sie allenthalben werdend eintreten. So lassen wir unlängst im „Aufwärts“, dem Organ der freien Gewerkschaften Berlins: „Die seit dem letzten Jahre gemeinsam von den freien Gewerkschaften, der Partei und den Freidenkern durchgeführten Jugendweihen der Berliner Arbeiterchaft haben der Zersplitterung auf diesem Gebiete ein Ende gemacht. — Die Feiern versammelten Tausende zu dieser Feierstunde der Jugend — gewiß ein schöner Erfolg des Wirkens, an Stelle der kirchlichen Konfirmation und Kommunion in einer sinnvollen Feier den Abschluß der Kindheit und die Aufnahme in die Reihen der Arbeiterchaft darzustellen. Anmeldungen für die Herbstjugendweihen sind in der freigewerkschaftlichen Jugendzentrale im Gewerkschaftshaus zu machen.“

Berichte aus den Zahlstellen.

Stuttgart. Am 19. Mai konnte unser Kollege Manz seinen 70. Geburtstag feiern. Die hiesige Zahlstelle ehrt in diesem Kollegen einen alten Kämpfer und Streiter für die christliche Gewerkschaftsbewegung. Kollege Manz war einer der Mitgründer der hiesigen Zahlstelle. Schon vor vier Jahren erhielt er vom Zentralvorstand die silberne Verbandsnadel anlässlich seines 25jährigen Gewerkschaftsjubiläums. Kollege Manz war in der hiesigen Zahlstelle beinahe 25 Jahre Kassierer. Diesen Vertrauensposten hat er mit Gewissenhaftigkeit und Treue bekleidet. Die ganze Kriegszeit hindurch hat er die Zahlstelle zusammengehalten. Er geht heute noch seinem Berufe nach wie ein 20jähriger. Bei allen gewerkschaftlichen Veranstaltungen kann man ihn sehen. Die hiesige Zahlstelle ist heute noch stolz darauf, wenn er in den Versammlungen erscheint. Möge dem 70jährigen ein schöner Lebensabend beschieden sein. Möge aber die hiesige Holzarbeiterjugend sich ein Beispiel nehmen an diesem pflichtbewußten Kollegen.

J. A. Gairhos.

Wiedenbrück. Unsere Zahlstelle reichte sich am 18. Mai in den Reigen der 25jährigen Jubelfeiern ein. Durch den geringen Besuch ward dem Vorstand und dem Festausschuß nicht so die Mühe gelohnt wie beide es wohl verdient hatten, aber der herzliche Ton, der während der ganzen Veranstaltung herrschte, gab vollen Ersatz. Als Ehrengäste waren erschienen Herren der geistlichen und weltlichen Behörden. Aus unserem Verbandsverbande waren die Kollegen Gauleiter Kufschmidt-Bochum, Bezirksleiter Wellage-Melchede und Schmitz-Essen zugegen.

In der Begrüßungsansprache, die der Vorsitzende Kollege Wöste-meier hielt, sagte er: Die Wirtschaftslage läßt es nicht zu, rauschende Feste zu feiern. Aber aus Anlaß des 25jährigen Bestehens lasse es sich die Ortsverwaltung nicht nehmen, dieses Tages würdevoll zu

gedenken. Leider vermiße er unter den Versammelten den eigentlichen Gründer der Zahlstelle, den jetzigen Bürgermeister Hölle aus Lippstadt. Die verlesenen Glückwunschschriften bewiesen, daß unsere Zahlstelle in allen Kreisen geachtet wird.

Die Festrede hielt Kollege Wellage, in der er sich über die Ziele des Verbandes verbreitete. Ganz besonders hob der Redner hervor, daß man in heutiger Zeit mehr praktisches Christentum und starke christliche Gewerkschaften brauche. Darum sei es die dringendste Pflicht eines jeden Kollegen, für die Ziele unserer Gewerkschaft einzutreten. Hauptsächlich müsse die Jugend gewonnen werden, um dann mit der Jugend Hand in Hand gegen unsere Widersacher anzukämpfen. Es gelte, so betonte der Redner, den Kampf gegen das Neuhidentum überall aufzunehmen. Die Zeitsache, die auf dem 1. Kongreß der Christlichen Gewerkschaften in Mainz im Jahre 1899 aufgestellt wurden, seien immer noch ziel- und richtunggebend. Wenn wir in diesem Sinne weiterarbeiten, sei der christlichen Arbeiterbewegung der Sieg sicher, so schloß der Redner.

Danach sprach der Bürgermeister die Glückwünsche der Stadt aus, wobei er die Einigkeit in den Reihen des Verbandes und das gute Verhältnis zur Innung hervorhob. Ein aufrichtiges „Glück auf“ gab er uns mit auf unsern schweren Weg. Im Namen der Innung sprach der Obermeister beglückwünschende Worte und stellte fest, daß hier immer noch Wert gelegt würde auf harmonisches Zusammenarbeiten zwischen Meister und Geselle. Im Namen der Volksbank Essen gratulierte Kollege Schmitz, der hervorhob, daß in kleinen und mittleren Städten Gewerbesolidität und Volksgemeinschaft in bedeutend größerem Maße zu finden sei als in Großstädten.

Aus diesem Grunde wolle er gerne auf dem Lande und werbe für die Volksbank, die ja ein Unternehmen der Arbeiter sei und von den Christlichen Gewerkschaften in größtem Maße Unterstützung erhoffe.

Zum Schluß ergriff Kollege Kutscheidt-Bochum das Wort, um zunächst die Grüße und Glückwünsche des Gaues zu überbringen. Durch das Vertrautsein des Redners mit den hiesigen Verhältnissen konnte er die Feststellung machen, daß von hier auch der Gewerkschaftsgeist in andere Zahlstellen hineingetragen worden sei. Der Holzarbeiterverband im hiesigen Bezirk sei nicht untätig gewesen und habe alles getan, die wirtschaftlichen Belange zu vertreten und zu heben. Auch Kollege Kutscheidt bezeichnete als eine wichtige Aufgabe die Schulung der Jugend, damit sie rechtzeitig in die Gewerkschaftsbewegung und -arbeit hineinwache.

Der Vorsitzende sprach dem Festredner und den Ehrengästen sowie den übrigen Rednern den Dank aus und forderte den Schriftführer auf, das Gründungsprotokoll zu verlesen so wie auch die Namen der Gründer, von denen einige als Kleinmeister bei uns weilten.

Ein Theaterstück leitete zum gemüthlichen Teil über. Die kleine Kapelle verschönerte die gut verlaufene Feier durch Musikeinlagen.

Die Zahlstelle darf auf die harmonische, den Verhältnissen entsprechende Feier mit Genugtuung zurückblicken. Franz Daum.

Kempten. Am Sonntag, den 1. Juni haben wir unseren Kollegen Sommerauer zur ewigen Ruhe bestattet. Trotz seines Alters ereilte ihn der Tod unerwartet schnell, und viel zu früh mußten wir Abschied von ihm nehmen. Außer unserer Ortsverwaltung in Kempten und seinen Kollegen im Betriebe hatten eine Reihe von Vereinen Kranzspenden niedergelegt als letzten Gruß. Auch der Chef der Firma, bei welcher Sommerauer 38 Jahre beschäftigt und eine Reihe von Jahren als Werkmeister tätig war, widmete ihm einen ehrenden Nachruf. Unsere Zahlstelle Kempten, deren Mitbegründer vor 26 Jahren Sommerauer war, hat an ihm einen rührigen, tüchtigen und stets opferbereiten Mitarbeiter, der bis zu seiner letzten Stunde immer da war, wenn es galt der Sache zu dienen, verloren. Bezirksleiter Kollege Kronthaler schilderte am offenen Grabe mit tiefempfundnen Worten, die bei der großen Trauerverammlung einen

sichtlichen Eindruck hinterließen, das Leben und Wirken des nun heimgegangenen Freundes Sommerauer. Die besonderen Eigenschaften des Verstorbenen: Arbeit, Pflichterfüllung, Standesbewußtsein und tiefe Frömmigkeit, sowie seinen lauternden Charakter werden auch über das Grab hinaus das Andenken an Sommerauer in unseren Reihen stets wach erhalten. Er aber möge ruhen in Frieden.

Weinheim. Das noch vor einigen Jahren als rote „Hochburg“ bekannte Weinheim ist in ein anderes Entwicklungsstadium eingetreten. Die austrebenden christlichen Gewerkschaften des Weinheimer Wirtschaftsgebiets, welche sich vor zwei Jahren zu einem Kartell zusammengeschlossen haben, haben in diesem Jahre zum ersten Male an Christi Himmelfahrt mit ihren Familienangehörigen einen gemeinsamen Ausflug unternommen. Die Veranstaltung wurde erfreulicherweise zu einer wuchtigen Kundgebung des christlichen Gewerkschaftsgedankens. Der Einladung wurde so zahlreich Folge geleistet, daß allen Teilnehmern die fröhliche Stimmung von selber kam. Bei strahlendem Sonnenschein ging der Spaziergang durch herrliche Waldungen über das Hirschkopfsgebiet, und der Gesang und die Musik taten ihr übriges, so daß der Tag ein Erlebnis für die Teilnehmenden wurde. Mit klingendem Spiel zogen die mindestens 400 Teilnehmer in dem idyllischen Dörfchen Nieder-Liebersbach ein. Der Vorsitzende des Kartells, Koll. Jäger, nahm hier Gelegenheit, die Teilnehmer und Gäste herzlich zu begrüßen. Gar bald entwickelte sich ein fröhliches Treiben. Bezirksleiter Kollege Roppelt-Worms nahm das Wort zu einer zündenden Ansprache, die mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Die Holzarbeiter benutzten die Gelegenheit, zwei junge Kollegen für nennenswerte Erfolge in der Werbearbeit mit der Ehrennadel auszuzeichnen. Mit Tanz und Humor wurden die übrigen Stunden ausgefüllt und nur schwer trennte man sich am Abend von der gastlichen Stätte. Doran mit der Musikkapelle marschierte man dann durch die Straßen Nieder-Liebersbach nach Birkenau, von wo der Heimweg angetreten wurde. Schnell waren die schönen Stunden vorüber, die Begeisterung und die Freude aller Kolleginnen und Kollegen wird aber fortleben und den christlichen Gewerkschaften Weinheims und Umgebung neue Früchte bringen. J.

Lauenförde. Die Firma Löwenherz ist am Mittwoch, den 11. Juni, schwer betroffen worden, indem der größte Teil der Fabrik einem großen Brand zum Opfer gefallen ist. Die Ursache wird auf Selbstentzündung im Lackierraum zurückzuführen sein. Bekanntlich sind die Lackstoffe für das neue Spritzverfahren sehr feuergefährlich und ist in diesem Raum das Feuer entstanden. Durch dieses Unglück sind 400 Arbeiter arbeitslos geworden. Das Unglück ist um so bedauerlicher, da die Firma über gute Aufträge verfügte, und im Augenblick die bestbeschäftigte Holzwarenfabrik an der Oberweser war. Den organisierten Kollegen kommt in diesem Falle die Hilfe der Arbeitslosenunterstützung des Verbandes sehr zu statten. Den dort noch vorhandenen Unorganisierten dürfte der Vorfall eine ernste Lehre sein. Es zeigt dieser Fall, wie plötzlich Arbeiter die Hilfe des Verbandes notwendig haben können.

Im übrigen hoffen wir, daß die Firma alsbald die Fabrik neu erstellen läßt, damit auch die dort in großer Zahl vorhandenen arbeitslosen Bauarbeiter Beschäftigung erhalten.

Wie wir feststellen konnten, ist der Schaden zum großen Teil durch Versicherung gedeckt.

Anzeigenpreis für die vierschw. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Venloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 43. — Redaktionschluss lt Samstag-Mittag.
Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Selbstungen nur: Postfachkonto 718 Köln.

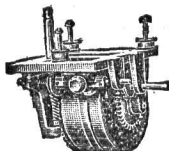
Intarsien jeder Art

Katalog

gegen 0.50 Mark in Briefmarken

E. Biller, Heidelberg
Theaterstraße 7 II

Sprechmaschinen-Laufwerke



z. Selbst-
einbauen (2 Stck. 30 cm Platten spielend)
nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummunterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, la. Aluminium-Schalldose nur
Mark 26.—
Versand p. Nachnahme. Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko von

Robert Husberg - Neuenrade

i. W. No. 9

in allen Preisstufen.
Hobel

Die Fachschrift

die jeder strebsame
Tischler haben muß:

Handwerkskunst im Holzgewerbe

Bezugspreis: 2 M. vierteljährlich

Bestell. bei Postanstalten oder direkt
VERLAG-KÖLN · VENLOERWALL 9